

## PRESSEINFORMATION

### **DGS-Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024: Parteien unterstützen die Einführung des Facharztes für Schmerzmedizin**

**Berlin, 06. Juni 2024 – CDU/CSU, SPD und DIE LINKE unterstützen die Forderung der DGS nach Einführung des Facharztes für Schmerzmedizin. Das zeigen die Antworten der Parteien auf Wahlprüfsteine, die die Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin e.V. (DGS) anlässlich der Europawahl an die politischen Parteien übermittelt hatte. Die DGS fragte nach Vorschlägen und Maßnahmen zur Verbesserung der schmerzmedizinischen Versorgung in Deutschland und zur Nachwuchsförderung. Weitere Themen umfassten den Abbau stationärer Angebote in der Schmerzmedizin, den ärztlich assistierten Suizid und die Therapie mit Cannabinoiden. Die Antworten der Parteien bestätigen den dringenden Handlungsbedarf bei der Versorgung insbesondere von schwergradig chronifizierten Schmerzpatienten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnten vor der Europawahl keine Antworten liefern.**

23 Millionen Menschen in Deutschland leiden an chronischen Schmerzen, etwa 4 Millionen davon schwergradig. Dieser hohen Anzahl an Patienten stehen nur etwa 1.300 ambulant tätige Schmerzmediziner gegenüber. Die Krankenhausbedarfsplanung in Deutschland führt zudem zu einer Abnahme stationärer schmerzmedizinischer Angebote und vergrößert die bestehende Versorgungslücke. Nachwuchsprobleme aufgrund unattraktiver Arbeitsbedingungen verschärfen die Situation. Die DGS kritisiert, dass die ärztliche Selbstverwaltung bisher keine angemessene schmerzmedizinische Versorgung sicherstellen konnte. „Die Kassenärztliche Bundesvereinigung behandelt die schmerzmedizinische Versorgung nicht als zentrales Anliegen. Aus unserer Sicht sind daher Interventionen von Seiten der Politik notwendig“, fordert Dr. Johannes Horlemann, Präsident der DGS.

#### **Parteien unterstützen die Forderung nach dem Facharzt für Schmerzmedizin**

Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine zeigen große Übereinstimmungen mit den Forderungen der DGS: CDU/CSU, SPD und DIE LINKE unterstützen die Einführung des Facharztes für Schmerzmedizin, um die Bedarfsplanung in der Schmerzmedizin sicherzustellen und die schmerzmedizinische Spezialisierung für den medizinischen Nachwuchs attraktiver zu gestalten. Die SPD sieht darüber hinaus berufsrechtliche Vorteile durch die Einführung des Facharztes für Schmerzmedizin. SPD und LINKE wollen zusätzlich



schmerzmedizinische Kompetenzen in der Allgemeinmedizin fördern, um die Versorgung auch in der Breite zu verbessern. CDU/CSU fordern die deutsche Bundesregierung auf, Versorgungsengpässen entgegenzuwirken und die Schmerzmedizin in aktuellen Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen. Um die Versorgung zu verbessern, will die SPD eine sektorenübergreifende Planung einführen. Die FDP sieht Maßnahmen gegen den Versorgungsnotstand vor allem darin, flexible Niederlassungsmöglichkeiten zu schaffen, Entbürokratisierung zu fördern und eine leistungsgerechte Vergütung zu bieten. Politische Eingriffe in den Verantwortungsbereich der Selbstverwaltung oder der Länder lehnt die FDP dagegen ab.

### **Ärztlich assistierter Suizid wird weiterhin kontrovers diskutiert**

Die FDP fordert ein liberales Sterbehilfegesetz, das klar regelt, unter welchen Voraussetzungen Suizidassistenz möglich ist. Sie setzt den freien, eigenverantwortlichen Wunsch unter Vollbesitz der geistigen Kräfte voraus. Auch die SPD erkennt das Recht auf selbstbestimmtes Sterben an und fordert dazu auf, Menschen bei dieser schwierigen Entscheidung zu unterstützen. Illegale Laien-Eingriffe und Sterbetourismus lehnt die SPD klar ab. CDU/CSU fordern eine Regelung im Strafgesetzbuch, die eine geschäftsmäßige Förderung der Sterbehilfe grundsätzlich unter Strafe stellt und Ausnahmen normiert.

### **Versorgung mit medizinischen Cannabinoiden soll vereinfacht werden**

Die SPD spricht sich für eine weitere Lockerung des Genehmigungsvorbehaltes aus. Diese Forderung unterstützt auch die FDP. CDU/CSU befürworten die kontrollierte Abgabe von Cannabis ausschließlich zum medizinischen Gebrauch und möchten die Erforschung des medizinischen Nutzens und der Nebenwirkungen weiter fördern.

Alle Fragen der DGS sowie die ausführlichen Antworten der Parteien finden Sie auf der [DGS-Webseite](#).

Weiterführende Informationen zur Deutschen Gesellschaft für Schmerzmedizin e.V. (DGS) [www.dgschmerzmedizin.de](http://www.dgschmerzmedizin.de)

\*\*\*

Die **Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin e.V. (DGS)** ist mit rund 4.000 Mitgliedern und 120 Schmerzzentren die führende Fachgesellschaft zur Versorgung von Menschen mit chronischen Schmerzen. In enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Schmerzliga e. V. ist es ihr vorrangiges Ziel, die Lebensqualität dieser Menschen zu verbessern – durch eine bessere Diagnostik und eine am Lebensalltag des Patienten orientierte Therapie. Dafür arbeiten die Mitglieder der DGS tagtäglich in ärztlichen Praxen, Kliniken,



**DGS** Deutsche Gesellschaft für  
Schmerzmedizin e.V.  
German Pain Association · Société Allemande de la Douleur

Schmerzzentren, Apotheken, physiotherapeutischen und psychotherapeutischen Einrichtungen interdisziplinär zusammen. Der von der DGS gestaltete jährlich stattfindende Deutsche Schmerz- und Palliativtag zählt seit 1989 auch international zu den wichtigen Fachveranstaltungen und Dialogforen. Aktuell versorgen etwa 1.321 ambulant tätige Schmerzmediziner die zunehmende Zahl an Patienten. Für eine flächendeckende Versorgung der rund 3,9 Millionen schwerstgradig Schmerzkranken wären mindestens 10.000 ausgebildete Schmerzmediziner nötig. Um eine bessere Versorgung von Menschen mit chronischen Schmerzen zu erreichen, fordert die DGS ganzheitliche und bedürfnisorientierte Strukturen – ambulant wie stationär – sowie eine grundlegende Neuorientierung der Bedarfsplanung.

#### Kontakt

##### **Geschäftsstelle**

Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin e.V.  
Lennéstraße 9  
10785 Berlin  
Tel. 030 – 85 62 188 – 0  
Fax 030 – 221 85 342  
[info@dgschmerzmedizin.de](mailto:info@dgschmerzmedizin.de)  
[www.dgschmerzmedizin.de](http://www.dgschmerzmedizin.de)

##### **Pressekontakt**

eickhoff kommunikation GmbH  
Monika Funck  
Tel. 0221 – 99 59 51 40  
[funck@eickhoff-kommunikation.de](mailto:funck@eickhoff-kommunikation.de)